der Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft e.V. Nr. 5, Berlin 1996, Teil III: Das Gesundheitswesen DDR zwischen neuem Kurs und Schließung der Staatsgrenze (1953–1961), Veröffentlichungen der Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft e.V. Nr. 17 und 18, Berlin 1998, Teil IV: Das Gesundheitswesen der DDR in der Periode des Übergangs zum umfassenden Aufbau des Sozialismus und der Entwicklung seines ökonomischen Systems (1961–1971), Veröffentlichungen der Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft e.V. Nr. 29 und 30, Berlin 2000, Teil V: Das Gesundheitswesen der DDR in der Periode der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und unter dem Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik (1971–1981), Veröffentlichungen der Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft e.V. Nr. 37 und 38, Berlin 2002, Teil VI: Das Gesundheitswesen der DDR in der Periode wachsender äußerer und innerer Widersprüche, zunehmender Stagnation und Systemkrise bis zur Auflösung der bestehenden sozialistischen Ordnung in der DDR (1981–1989), Veröffentlichungen der Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft e.V. Nr. 46 und 47, Berlin 2003.

66 Rosemarie Stein: Die Charité 1945–1992. Ein Mythos von innen, Berlin 1992, S. 18; Ärztekammer Berlin (Hrsg.): Die Charité zum Sprechen gebracht. Eine zeitgeschichtliche Dokumentation. Kommissionsberichte: Organentnahme und Transplantation in der Charité; Arzneimittelprüfungen in Ost-Berlin (Bearbeitung Rosemarie Stein), Berlin 1992.

67 Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. GBM (Hrsg.): R-Auswurf. Die Einverleibung der Charité, Schkeuditz 2004, S. 8.

68 Vgl. Heinz David: Lebensrouten, Bonn 2006.

69 Vgl. Isabel Atzl, Volker Hess, Thomas Schnalke (Hrsg.): Zeitzeugen Charité. Arbeitswelten der Psychiatrischen und Nervenklinik 1940–1999, Münster 2005; dies.: Zeitzeugen Charité. Arbeitswelten des Instituts für Pathologie 1952–2005, Münster 2006.

70 Ein Ausstellungskatalog existiert leider nicht. Ein Reprint der einzelnen Ausstellungstafeln wird Interessierten vom Gesamtpersonalrat zur Verfügung gestellt. (http://charite300.charite.de/kalender/veranstaltung/details/wanderausstellung_arbeitswelten_charite/, 20.6.2010).

Maximalinvasiv. Die Charité nach 1989

Peer Pasternack

Die Betrachtungen des Charité-Umbaus nach 1989 leiden meist unter der formalen Inkompatibilität zweier Perspektiven: Die eine erinnert zu viel, die andere zu wenig. Die eine löst sich nicht von den Details, und damit finden sich viele Anlässe, um anhaltend empört zu sein (wahlweise über die Schonungslosigkeit des Aufräumens oder über die Nachsicht mit alten Kadern). Die andere Perspektive löst sich zu sehr von den Details, konzentriert sich auf große Entwicklungslinien, und damit lässt sich in den Vorgängen nur eine Normalisierungsgeschichte entdecken (die Anpassung an Bewährtes, also »Wie im Westen so auf Erden«[1]). Die Kunst der angemessenen Beurteilung bestünde darin, eine mittlere Perspektive zu entwickeln: hinreichend nahe am Realgeschehen, um die problematischen Aspekte nicht zu übersehen, und hinreichend vom Realgeschehen distanziert, um die ambivalenten Entwicklungslinien der Prozesse identifizieren zu können.

1989

An der Humboldt-Universität waren es Medizinstudierende, die am 11. Oktober 1989 den Ausgangspunkt einer Entwicklung markierten. Im Zuge dieser platzierte sich die Universität öffentlich wahrnehmbar im gesellschaftlichen Umbruch. An jenem 11. Oktober fand vor der Mensa Nord, im Freien, eine studentische Protestversammlung statt. Sie richtete sich gegen den Polizeieinsatz gegen Demonstranten am 7. und 8. Oktober, also im Umfeld der offiziellen Feierlichkeiten zum 40. DDR-Gründungsjahrestag:[2] »Der Ton ist noch sehr vorsichtig, niemand wird direkt angegriffen, niemand direkt verantwortlich gemacht, es überwiegen die vorsichtig kritisierenden Para-Phrasen. Die Angst, offen zu reden, ist nach wie vor gegenwärtig.«[3]

Die Angst der anderen Seite vor dem Redenlernen war es aber offenkundig auch: »Buchstäblich fünf Minuten vor zwölf kamen der Prorektor für Medizin, Prof. Dr. Jürgen Großer, und die Parteisekretärin [des Bereiches Medizin, d.V.], Prof. Dr. Bärbel Papies, zu den Studenten. Der Prorektor sprach ein energisches Wort und verbot zunächst die Teilnahme an dem angekündigten ›Protest‹, vor allem mit dem Hinweis, die Studiendisziplin einzuhalten. Nach Für und Wider wurde vereinbart, daß der Stoff der Lehrveranstaltungen, die nun von der Mehrzahl des 3. Studienjahres nicht besucht werden, nachzuarbeiten sei.«[4] Immerhin: Das ursprüngliche Verbot gab es dann nicht mehr, im engeren Sinne hartleibig wird man das Verhalten der beiden Amtsträger kaum nennen können.

Mit dieser öffentlichen Versammlung waren jedenfalls die Protest- und Diskussionsschleusen für die gesamte Universität geöffnet. Die Charité beteiligte sich an diesen und

den folgenden Entwicklungen, ohne ihr traditionelles Eigenleben aufzugeben.[5] Gelegentlich sollte es so scheinen, als störe die Charité das Eingebundensein in die Humboldt-Universität mehr, als dass sie davon zu profitieren meine. Hinzu trat dann, dass die Charité in der Öffentlichkeit auch als Bestandteil des DDR-Krankenhauswesens wahrgenommen wurde und dieses alsbald zum Gegenstand von allerlei Skandalisierungen wurde.[6] Insoweit waren die Jahre nach 1989 für die Charité einerseits davon geprägt, dass sie in zweierlei Kontexte eingebunden war: die Humboldt-Universität und das DDR-Krankenhauswesen. Andererseits suchte die Charité auch in dieser Umbruchszeit, eine Art liebenswerter und akademisch sublimierter Schnoddrigkeit gegenüber ihrer Umwelt zu pflegen, um ihre Singularität herauszustreichen. Das war auch zuvor und später wieder so. Gleichwohl, es lässt sich nicht davon absehen, dass die beiden genannten Kontexteinbindungen in der Umbruchzeit bedeutend waren.

Humboldt-Universität 1989 bis 1991

An der Humboldt-Universität konstituierte sich Ende 1989 ein Runder Tisch, der später als »Hochschulpolitischer Rat« firmierte. Im Dezember 1989 wurde eine erste Rehabilitierungskommission gebildet.[7] Ein Konzil war zu wählen und vorher dessen Zusammensetzung zu klären. Letzteres wird an deutschen Universitäten traditionell als Schicksalsfrage der Institution, also aufwändig diskutiert – hier mit den Ergebnissen einer 35:30:25:10-Quotierung und der Zusammenfassung von Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern zu einer gemeinsamen Wahlgruppe; die Mittelbauangehörigen konnten also die Wahl der Hochschullehrer-Delegierten beeinflussen (wie auch umgekehrt).[8] Es folgte die Statutendiskussion, mit der sich eine akademische Selbstverwaltung gleichfalls an den Rand der Paralyse treiben kann. Das sollte auch hier gelingen. Hilfreich war es dennoch. Die Chronistin dieser Phase, Mechthild Küpper, über Statut und Gremienparitäten: »Das paßt weder zum Berliner Hochschulrecht noch zum Hochschulrahmengesetz, wohl aber zur Übergangssituation.«[9] Im Oktober 1990 wurde ein Ehrenausschuss und 1991 eine Anhörungskommission gegründet. Diese bearbeiteten, wofür sich seinerzeit der Begriff »politisch-moralische Integrität« (in der DDR) eingebürgert hatte.[10] Personalstrukturkommissionen (PSK) der Fachbereiche und eine Zentrale PSK sollten gleichfalls die Integrität prüfen, aber auch nach neuen Fach- und Institutsstrukturen suchen.[11] Das zielte auf die Definition einer finanzierbaren Personalstruktur und die Beantwortung der Frage, wieweit das vorhandene Personal in diese Struktur integrierbar sei.[12]

Diese authentischen Humboldt-Initiativen hatten sich in einer Dauersituation heftiger Konflikte mit der Berliner Senatswissenschaftsverwaltung zu entfalten. Dort herrschte die Auffassung einer allgemeinen Insuffizienz der universitären Selbsterneuerung vor.[13]

Die sogenannten Mantelgesetze 1990, die Einsetzung einer extern majorisierten »Sechserkommission«, welche bis 1991 das HU-Kuratorium substituierte, die Abwicklung gesellschaftswissenschaftlicher Fächer 1990/91,[14] das Ergänzungsgesetz zum BerlHG 1991, das eine Verfassungsbeschwerde der HU gegen die Beschneidung der Mitspracherechte ihrer Hochschullehrer/innen nach sich zog, im gleichen Jahr gerüchteweise bekannt werdende Bestrebungen zur sukzessiven Abwicklung der Charité, die gesetzlich angewiesene Bildung von Struktur- und Berufungskommissionen (SBK) für alle Fächer,[15] die sich gegen die universitätsintern eingesetzten PSKs richtete, die fristlose Kündigung des Rektors Heinrich Fink Ende 1991,[16] die Umstände einiger Fusionen und das Hochschulpersonalübernahmegesetz im gleichen Jahr, das Ansinnen, die Weiterzahlung laufender Doktorandenstipendien an die Evaluierung der Promovierenden zu knüpfen, die tarifliche Eingruppierung der Ost-Berliner Hochschulangehörigen und ein beständiger Streit über HU-Liegenschaften[17] – all dies bezeichnet die Markierungspunkte der Konfliktkarriere zwischen Senatsverwaltung und Humboldt-Universität in der zentralen Umgestaltungsphase.[18]

Die Charité war dabei zentral involviert und zugleich mit weiteren spezifischen Problemen beladen. Beträchtliche Energie erforderte es insbesondere, sich mit mehreren Medienkampagnen auseinanderzusetzen. Sie rückten die Charité in den Kontext (vermeintlicher) Missbräuche der DDR-Medizin für nichtmedizinische Zwecke.

Skandalisierungen: Medizinmissbrauch, MfS

Schlagzeilenträchtige Vorwürfe beschäftigten recht bald nach dem Ende der deutschen Zweistaatlichkeit das Publikum: Psychiatrisierung politischer Gegner der DDR,[19] Benutzung ahnungsloser DDR-Patienten als Testprobanden für westliche Pharma-Erzeugnisse im Erprobungsstadium,[20] Spenderorganentnahme an Lebendpatienten,[21] und zwar zur Verwendung wahlweise für greise Führungsfunktionäre oder devisenbringenden Organhandel, schließlich die Ertränkung Frühgeborener in Wassereimern.[22] In überraschender Eindeutigkeit stellten sich dann sämtliche dieser Vorwürfe als – neutral formuliert – Recherchefehler heraus.

Hauptadressat dieser so skandalgeeigneten wie vermeintlichen Enthüllungen war die Charité. Zunächst richtete sich ein höchst sensibler Vorwurf gegen die Psychiatrie, wenn auch nicht nur an der Charité: Es sei gang und gäbe gewesen, politische Gegner der DDR zu psychiatrisieren. Fünf Jahre und zahlreiche Recherchen – nun auch in den 1990 noch nicht zur Verfügung stehenden MfS-Akten – später hatte es sich anders erwiesen.[23] Sonja Süß, Mitglied mehrerer Untersuchungskommissionen, gab resümierend an: Es habe in der DDR keinen systematischen politischen Missbrauch der Psychiatrie, anders als etwa in der Sowjetunion, und keine Psychiatrisierung von psychisch gesunden Dissidenten gegeben.[24]

1991 kam der Vorwurf auf, an der Charité seien Spenderorgane an Lebendpatienten entnommen worden. Auf einer Mitarbeiterversammlung im September 1991 wurde diesbezüglich von einer »Rufmordkampagne« gesprochen. Dekan Harald Mau bezeichnete die »Medienkampagne« als eine »vorsätzliche Schädigung des Ansehens der Charité durch Übelmeinende, die die Sachverhalte kriminalisieren«. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wurden aufgefordert, gegenüber einer Kommission des Fakultätsrates »Vermutungen über von ärztlichen Regeln abweichende Handlungen vorzutragen, wobei ihnen Diskretion zugesichert wird«.[25] Untersuchungskommissionen zur Organentnahme wie den anderen Vorwürfen wurden eingesetzt. Diese bewerteten am Ende die erhobenen Anschuldigungen durchgehend als im Grundsatz nicht stichhaltig.[26]

Innerhalb der Charité war man überzeugt, Opfer einer gelenkten Kampagne zu sein. Diese ziele darauf, hernach problemlos dem Erhalt der beiden West-Berliner Hochschulklinika dargebracht werden zu können: »Die Leitung der Charité sieht hier eine gezielte Aktion, mit der die Existenz des Universitätsklinikums in Frage gestellt werden

soll. In einer wirtschaftlich schwierigen Situation mit riesigen Finanzdefiziten käme die Schließung eines Universitätsklinikums gelegen.«[27]

Im Gegensatz zu diesen entkräfteten Vorwürfen fachlichen Missbrauchs in der DDR-Medizin[28] erwiesen sich zahlreiche Berichte über MfS-Bespitzelungen als stichhaltig.[29] Hier hatten die ständig neuen, vermeintlichen und tatsächlichen Enthüllungen auch etwas für sich: Sie förderten aufschlussreiche Befassungen mit der jüngsten Charité-Geschichte.[30] So gab z. B. die Berliner Ärztekammer eine Oral-History-Studie zur Charité zwischen 1945 und 1992 in Auftrag.[31] Rosemarie Stein, Medizinjournalistin, interviewte dafür 23 (z. T. ehemalige) Charité-Angehörige. Dabei sollten zwar »bevorzugt jene zu Wort kommen, die sich für die Erneuerung der Charité einsetzen«; doch sprach sie auch mit einigen der Ärzte, die nach Auskunft der Gauck-Behörde IMs gewesen seien: »Bewußt wählte ich solche aus, die mir als ›Sympathieträger‹ beschrieben wurden (das soll die Hälfte aller IM‹s gewesen sein), um zu zeigen, wie falsch eine generelle Verteufelung der Stasi-Zuträger wäre, wie leicht man […] in die Fänge der Krake geriet und wie fließend die Grenze zwischen ›Opfern‹ und ›Tätern‹ auch an einer Hochschule war.«[32]

Daneben bemühte sich die Autorin, die Ergebnisse ihrer Aktenstudien zu systematisieren und fasste sie in einem 33-seitigen Abriss »Die Charité und das MfS« zusammen. Aus den Akten könne entnommen werden, dass es (1986) 80 IMs/GMs[33] an der Charité gegeben habe, wobei in einer entsprechenden Aufstellung des MfS nicht alle Decknamen auftauchten, die seit 1990 durch Gerichtsprozesse öffentlich geworden seien. Folglich müsse mit mehr IMs gerechnet werden. Beispiele für Denunziationen von Kollegen und Kolleginnen werden aus den Akten zitiert.[34]

Charité auf dem Weg

Die seinerzeit allseits geforderte Demokratisierung begann an der Charité durchaus im Kontrast zur Gesamt-Universität mit deren Debatten und Entscheidungen zu den Gremienparitäten. Im Mai 1990 sollte ein »Parlament der Charité« gewählt werden. Dafür hatten sich die Ordentlichen Professoren/Institutsdirektoren einen Sitzanteil von 50 Prozent zugestanden. Massive Interventionen, nicht zuletzt durch ihre extraordinarialen Kollegen, brachten sie dann auf die Idee, statt der üblichen Aufteilung in vier Mitgliedergruppen eine solche in fünf vorzunehmen: In der ersten sollten die 43 Institutsdirektoren gesetzte Mitglieder des Parlaments sein und eine zweite Gruppe gewählte Vertreter/innen der außerordentlichen Professoren und Dozenten umfassen.[35] In der Anfangszeit liefen solche Bestrebungen nach struktureller Absicherung positionaler Macht völlig unabhängig von politischen Auseinandersetzungen um einzelne Personen. Die kommenden Konflikte sollten dann jedoch erweisen, dass sich die Problemfälle im Charité-Personal, etwa inoffizielle Mitarbeiterschaften beim MfS, vorzugsweise unter den Ordentlichen Professoren und Institutsdirektoren fanden.

Gleichwohl beschränkten sich die zentralen Umgestaltungsprobleme und -konflikte nicht allein auf personelle Fragen. Es ging nicht nur um die Neugestaltung und Neubesetzung von Entscheidungsstrukturen und -positionen, die Veränderungen von Personalkategorien sowie die Personalüberprüfungen auf fachliche Kompetenz und persönliche Eignung für den öffentlichen Dienst. Im Laufe der Zeit waren, neben den oben erwähnten Skandalisierungen, auch Auseinandersetzungen zu führen über die Einführung von

Multiple-Choice-Prüfungen, die Umstellung der Krankenversorgung auf Kassenfinanzierung einschließlich der sich daraus ergebenden Notwendigkeit, das Verhältnis von Forschung, Lehre und Krankenversorgung organisatorisch neu zu ordnen, sowie über die Umstrukturierung der Berliner Hochschulmedizinlandschaft und die langfristige Perspektive des Standortes Mitte (inklusive der symbolisch hoch aufgeladenen Streitereien um das Bettenhochhaus).

Mit dem Beitrittstag 3. Oktober 1990 begannen sich zunächst die Rahmenbedingungen zu verändern. Das betraf vor allem die Neugestaltung der kompletten Strukturen im Zuge eines weitgehenden West-Ost-Transfers: Hochschul- und Klinikstrukturen, Finanzierungsstrukturen, Personalstruktur und rahmensetzendes Rechtssystem. Sodann setzte – finanztransfergetrieben – eine grandiose Ausstattungsverbesserung ein. Spannteppich statt Linoleumbelag auf den Fußböden der sanierten Büros vermittelte alsbald auf durchaus überzeugende Weise das Gefühl, nunmehr mit beiden Beinen im Westen zu stehen. Sämtliche der genannten Strukturtransfers hatten Auswirkungen auf konkrete Personen – und alle Auseinandersetzungen, die das vorhandene Personal betrafen, waren naturgemäß auch am stärksten emotions- und konfliktbehaftet.

Personalumbau

Am 31.12.1990 hatte die Charité 5.636 Beschäftigte, davon 1.434 Wissenschaftler/innen. Drei Jahre später waren es noch 4.642 Beschäftigte, 1.084 von ihnen Wissenschaftler/innen. Der Stellenplan für 1993/94 hatte 4.387 Stellen, davon 904 Stellen für wissenschaftliches Personal, vorgesehen. Die Reduktion wurde folglich fortgesetzt. 1995, vor der Fusion mit dem Virchow-Klinikum, waren an der Charité 4.590 Personen beschäftigt, davon 1.033 Wissenschaftler/innen.[36] Nimmt man vereinfachend an, dass alle Charité-Angehörigen des Jahres 1995 bereits 1990 dort tätig gewesen waren, dann waren bis dahin knapp 19 Prozent des gesamten bzw. 28 Prozent des wissenschaftlichen Personals ausgeschieden.[37] Da die vereinfachende Annahme unrealistisch ist, waren es allerdings mehr – was jedoch im Einzelnen nicht zu rekonstruieren ist.

Neben den Änderungen in der Personalstruktur und den daraus folgenden Entlassungen »mangels Bedarf« bestand der Personalumbau vorrangig in den Überprüfungen der vorhandenen Wissenschaftler/innen auf fachliche Kompetenz und auf persönliche Eignung für den öffentlichen Dienst. Hier waren, anders als in anderen Bundesländern, die Aufträge der zahlreichen HU-Kommissionen nicht klar voneinander unterschieden. Befassten sich Ehrenausschuss und – für Amtsträger/innen und Gremienmitglieder – die Anhörungskommission allein mit Integritätsfragen, so sollten die (universitätsintern eingesetzten) Personal- und Strukturkommissionen und die (extern eingesetzten) Struktur- und Berufungskommissionen sowohl Strukturfragen, die je individuellen fachlichen Kompetenzen als auch die persönliche Eignung der vorhandenen Mitarbeiter/innen behandeln.

Der Beschluss des Akademischen Senats zur Einsetzung der PSK hatte bestimmt, dass »Klinik- und Institutsdirektoren der Medizinischen Fakultät, soweit sie in den letzten fünf Jahren vor dem Herbst 1989 im Amte waren«[38] nicht für eine Mitgliedschaft kandidieren sollten. Thomas Raiser berichtete später in einer von der Universitätsleitung beauftragten Studie, dass die Charité sich geweigert habe, für die PSKs »externe wissenschaftliche

Mitglieder zu bestellen, weil man sich dem Einfluß bundesdeutscher Hochschullehrer nicht aussetzen wollte«[39]. Dies leisteten dann die SBKs, zusammengesetzt aus jeweils drei externen (westdeutschen) Mitgliedern und vier Charité-Vertretern:[40] »selbst ergraute Ordinarien hatten sich um ihre eigene Stelle zu bewerben. ›Wissenschaftlichen Rabatt‹ wie in anderen neuen Bundesländern gab es hier nicht – bitter für integre Mediziner, denen lange internationale Kontakte verwehrt waren.«[41] Allerdings »scheinen«, so Raiser, in der Charité seitens der SBKs von 100 Professoren nur vier aus fachlichen Gründen negativ beurteilt worden zu sein.[42]

Hinsichtlich der zuvor stattgefundenen PSK-Überprüfungen habe die zweifelhafte rechtliche Basis das ganze Vorgehen als fragwürdig erscheinen lassen müssen, »zumal es tief in die Persönlichkeitssphäre jedes einzelnen eindrang«: »Unter normalen Umständen hätte sich sicherlich niemand auf eine solche Prozedur eingelassen. Daß die bei weitem größte Zahl der Beschäftigten sich ihr nicht entzog, liegt an dem unerhörten Druck, der trotz aller Betonung der Freiwilligkeit von der politischen Lage ausging. … In der Charité verweigerte sich eine Gruppe von etwa 50 Personen dem Verfahren, weil sie es für unrechtmäßig hielten. Sie mußten deshalb die Charité verlassen.«[43]

Insgesamt waren die Integritätsüberprüfungen aufsehenerregender und bewegten die Gemüter mehr als die fachlichen Evaluationen. Nachhaltige Diskussionen lösten sich daraus ergebende Entlassungen zahlreicher Mitarbeiter/innen, insbesondere Professoren, wegen, so die Begründungsformel, »mangelnder persönlicher Eignung« aus.[44] Dies war oft, wenn auch nicht durchgehend, mit dem Vorwurf einer Inoffiziellen Mitarbeiterschaft beim MfS begründet.

Bereits im Februar 1991 hatte die Charité 62 Mitarbeiter/innen entlassen, die eine frühere Stasi-Tätigkeit im Personalfragebogen angegeben hatten.[45] Am 3.5.1991 meldete »Die Welt«, drei Viertel der leitenden Charité-Mitarbeiter seien »durch Unterlagen der Gauck-Behörde erheblich belastet«[46]. Zuvor, am 20.2.1991, waren durch die Charité Überprüfungen bei der Gauck-Behörde veranlasst worden, zunächst für ihre 211 Hochschullehrer/innen (Professoren und Dozenten). Anschließend wurden – Beschlüssen von Fakultätsrat und Charité-Parlament entsprechend – auch alle anderen der 5.500 Charité-MitarbeiterInnen auf MfS-Mitarbeit überprüft.[47] Im Sommer des Jahres wurde deshalb seitens der Senatsverwaltung sieben Professoren und neun leitenden Verwaltungskräften der Charité gekündigt: »Eine Anhörung der Betroffenen ist nicht vorgesehen. Die Ärztliche Direktorin der Charité, Reisinger, hält es deshalb für möglich, daß in einzelnen Fällen Unrecht geschieht. Betroffenen, die den Wunsch haben, sich ihren Kollegen gegenüber zu erklären, gebe die Fakultät dazu Gelegenheit. An der Kündigung ändere dies freilich nichts. In Zweifelsfällen empfiehlt die Fakultät den Gekündigten, sich an das zuständige Arbeitsgericht zu wenden.«[48]

Die Öffentlichkeit nahm regen Anteil an den Einzelfällen, meist unter dem Slogan »International anerkannter Experte wird seinen Patienten weggenommen«. Dies war ausnehmend populistisch, da es den eigentlichen Kündigungsgrund schlicht ignorierte, ihn damit beispielsweise auch nicht kritisieren konnte. Zugleich wurde der Charité nun in der Presse attestiert, sich »so rasch wie kaum eine andere Klinik in der ehemaligen DDR von Stasi-belasteten Mitarbeitern getrennt«[49] zu haben. In Einzelfällen scheint dies zu schnell gewesen zu sein. Großes Aufsehen verursachte etwa die Kündigung des renommierten Charité-Urologen Peter Althaus wegen IM-Vorwurfs. Er war einer der erwähnten sieben Professoren.

Althaus bestritt die Anschuldigung. Charité-Dekan Harald Mau verfluchte in der F.A.Z. »die Stasi, die es geschafft hat, diesen Mann als Mitarbeiter zu dingen«[50], womit er zugleich die Zweifelsfreiheit der entsprechenden Gauck-Behörden-Auskunft betonte.[51] Althaus ging vor Gericht. Im Prozess stellte sich aufgrund grafologischer Gutachtung heraus, dass das MfS die Unterschrift unter die IM-Verpflichtungserklärung »höchstwahrscheinlich« gefälscht hatte. Daneben gab es, so Silvia Schattenfroh, in den Akteninhalten auch andere Unstimmigkeiten, die mehr Sorgfalt bei ihrer Bewertung nahegelegt hätten.[52] Hatten zuvor viele Kollegen ihre Betroffenheit über Althaus' vermeintliche IM-Tätigkeit der gleichfalls betroffenen Öffentlichkeit mitgeteilt (»ich würde der erste sein, der alles in seinen Kräften Stehende tun würde, um jeden Makel von diesem Kollegen zu nehmen, wenn sich ein Fehler oder Irrtum herausstellen sollte«[53]), so herrschte nun allerdings allgemeines Schweigen. Althaus war unterdessen an einem evangelischen Krankenhaus tätig und spürte keine Neigung, an die sich nun jeden Kommentars enthaltende Charité zurückzukehren.[54]

Gleichwohl: Diejenigen, welche die Personalüberprüfungsprozesse verantwortlich trugen, nahmen für sich nicht nur integre, moralisch verpflichtete Intentionen in Anspruch. Sie betonten vielmehr, dass auch eine formale Korrektheit der Verfahren gegeben sei. So berichtete Dekan Harald Mau auf einer Diskussionsveranstaltung im September 1991, an der Charité seien »keineswegs in allen Fällen belegbarer Stasi-Mitarbeit Kündigungen ausgesprochen worden; die Frage der ›Zumutbarkeit‹ werde sehr wohl abgewogen«[55]. Es gab dennoch Reserven bei der Ausgestaltung der Verfahren: Nachdem von Gerichten häufig das Prozedere, das zur Entlassung geführt hatte, moniert worden war, setzte sich ab 1992 dessen deutliche Qualifizierung durch. Insbesondere war Anfang 1992 eine Anhörung der Betroffenen eingeführt worden; ohne freilich frühere Fälle einer erneuten Überprüfung zu unterziehen.

Bis Ende 1992 waren dann für ca. 40 medizinische Hochschullehrer/innen IM-Akten gefunden worden. Fünf von diesen hielt die Charité für »zumutbar«, erteilte aber Auflagen, etwa dass sie in den nächsten Jahren nicht für Hochschulgremien kandidieren dürften.[56] Rosemarie Stein resümierte diese erste Phase der Integritätsüberprüfungen in ihrer Studie »Ein Mythos von innen« so: »Daß die Charité nun trotz ihres … Vorpreschens [im Vergleich zum Hochschulbereich der HU, d.V.] noch lange mit ihrer Stasi-Vergangenheit wird leben müssen, hat zwei Gründe. Der eine liegt auf seiten der Hochschule und ihres Dienstherrn. Ungeübt im Kündigen aus diesem außergewöhnlichen Anlaß und zunächst unsicher zwischen altem und neuem Hochschulrecht schwebend, haben sie erstens formalrechtliche Fehler gemacht und zweitens die Beschuldigten anfangs nicht angehört. So konnte auch nicht zwischen weniger belasteten und wirklich unzumutbaren Inoffiziellen Mitarbeitern differenziert werden. Der zweite Grund für den schleppenden Gang der Dinge ist in der Gauck-Behörde zu suchen. Sie hatte erst den eigenen Aufbau zu leisten, mußte ihre Unterlagen ordnen und ihre Erfahrungen sammeln. Letzteres gilt auch für die Arbeitsrichter, die zum Teil recht ahnungslos an die neue Materie herangingen, als viele der Entlassenen gegen ihre Kündigung klagten, einige mit Erfolg (ohne daß allerdings einer wieder in der Charité arbeitet). Die meisten Verfahren endeten mit einem Vergleich: fristgemäße statt fristloser Kündigung ›aus betriebsbedingten Gründen‹. Einige der (laut Gauck-Auskunft) als IM's gekündigten Medizinprofessoren bezeichneten sich daraufhin gegenüber Fachkollegen als ›rehabilitiert‹, obgleich das Gericht überhaupt nicht in die Prüfung des Sachverhalts eingetreten war. … Die Auskünfte der Gauck-Behörde waren

anfänglich so knapp, daß die Entlassungen dem Arbeitsgericht dort, wo es die Sache selbst prüfte, vielfach zu schwach begründet schienen.«[57]

In der Folge ergaben sich Differenzen zwischen Charité und Gesamt-Universität im Umgang mit der Prüfung des Personals, wie 1995 ein besonders dramatischer Fall offenbarte. Der Arbeitsmediziner Rudolf Mucke »hatte in den 70er Jahren einen Anwerbungsversuch des MfS durch Dekonspiration abgewehrt. Die Ehrenkommission … kam dennoch zu dem Schluß, daß Muckes weitere Beschäftigung ›unzumutbar‹ sei.«[58] Fast zeitgleich mit der Universität hatte der Ehrenrat der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg, deren Mitglied Mucke war, den Fall zu bewerten. Es gab keine Beanstandungen, und auch seine Fraktion Bündnis 90/Grüne sprach ihm das Vertrauen aus.[59] »Kurz nach dem vernichtenden Urteil des Ehrenausschusses stürzte sich Rudolf Mucke von einer Brücke.«[60]

Die Charité wies die Schuld ausdrücklich dem HU-Ehrenausschuss zu, wobei sich tiefer liegende Differenzen zeigten: An der Charité bestünden seit geraumer Zeit erhebliche Zweifel an den Einschätzungen der Ehrenkommission. Die Charité müsse ihre Mitarbeiter aber zu den dortigen Anhörungen schicken, »obwohl es einen anderslautenden Beschluß des Klinikvorstandes gibt«, so der stellvertretende Personalratsvorsitzende. Die Prozeduren zwischen HU und Charité unterschieden sich mittlerweile deutlich: »Im Unterschied zu den Praktiken der Humboldt-Universität gibt es […] eine erste Anhörung der Mitarbeiter in der Charité, an der auch ein Vertreter des Personalrates teilnimmt. Dieser Personenkreis umfaßt vier Mitarbeiter. Dem Betreffenden werden die Ergebnisse der Gauck-Behörde mitgeteilt. Er kann gleich dann etwas sagen, wird aber in jedem Fall gebeten, eine schriftliche Stellungnahme abzugeben. Im Fall Mucke haben wir ihn sogar aufgefordert, zur Ehrenkommission zu gehen, da nach unserer Ansicht nur ein ›zumutbar‹ herauskommen konnte. Das Ergebnis ist bekannt.«[61]

Der HU-Ehrenausschuss wehrte sich gegen die Vorwürfe. Dem Eindruck, er würde zu unangemessenen Empfehlungen neigen, während die Charité verantwortungsvolle Entscheidungen treffe, suchte sein Vorsitzender mit Zahlen zu begegnen: 16 Prozent aller MfS-Erkenntnisfälle an der Charité hätten *entgegen* den Empfehlungen des Ehrenausschusses mit Kündigungen geendet. Ohne Anhörung im Ehrenausschuss seien 43 Prozent der Erkenntnisfälle an der Charité über Kündigung oder Auflösungsverträge ausgeschieden. Insgesamt seien dort nur 14 Prozent der Erkenntnisfälle als »zumutbar« eingestuft worden, während im Hochschulbereich 74 Prozent weiterbeschäftigt würden.[62]

Thomas Raiser resümiert es auf Grundlage des Abschlussberichts, den der Ehrenausschuss am 23.5.1995 vorgelegt hatte, so: »In der Charité lagen 56 Fälle vor. Von diesen schieden 24 Personen (43 %) aus, ohne sich der Anhörung im Ehrenausschuß zu stellen. Bei 14 Personen (25 %) kam es zur Kündigung, davon bei 9 gegen die Empfehlung des Ehrenausschusses; 10 Personen (18 %) schlossen Auflösungsverträge. Lediglich bei 8 Personen (14 %) wurde die Weiterbeschäftigung als zumutbar erachtet.«[63]

Jenseits dieser Integritätsüberprüfungen waren zahlreiche Instrumente, oft ad hoc entwickelt, zur Anwendung gelangt, um eine personelle Erneuerung zu bewerkstelligen:[64] Neubesetzungen der Führungspositionen; Vertrauensabstimmungen über Instituts- und Klinikleitungen; kommissarische Beauftragung ausgewählter Hochschullehrer/innen mit der Wahrnehmung eines Professorenamtes neuen Rechts; fachliche Evaluierung des Personals; daraus sich ergebende Entlassungen; Personalstrukturneudefinition; hierauf Ausschreibung der Professorenstellen und darauf gründende Bewerbungen der bisherigen Stelleninhaber/innen, dann Neubesetzungen der Professuren durch Haus- wie Fremdberufungen; im Mittelbau entweder Tätigkeitsfortsetzung, zum Teil verbunden mit dem Wechsel aus einem unbefristeten in ein befristetes Beschäftigungsverhältnis bzw. Entlassung »mangels Bedarf«; schließlich Rehabilitierungen inklusive symbolischer Statuserhöhungen wie Berufungen zum außerordentlichen Professor, was die individuellen Verbleibschancen verbessern mochte.

Neben den Maßnahmen, die unmittelbar der Überwindung des »Ancien régime« dienten, war es die am breitesten diskutierte Frage, welche realen Chancen das bisherige Charité-Personal auf Weiterverwendung in den neuen Strukturen hatte. Hierzu lässt sich exemplarisch die Berufungsstatistik in Augenschein nehmen. Für Ende 1994 kann danach bilanziert werden, dass an der Charité 34 Berufenen aus westdeutschen Bundesländern 49 aus ostdeutschen Ländern gegenüberstanden (wobei letztere fast durchgehend Hausberufungen waren). Anders sah dagegen das Verhältnis nach Besoldungsgruppen aus: 13 der ostdeutschen Berufenen und 23 der Westdeutschen hatten eine C4-Professur erlangt.[65]

Fazit

Die hier geschilderten Prozesse erwiesen sich in den folgenden Jahren als lediglich eine Etappe auf dem Weg einer Neuaufstellung der Charité. Fortwährende Strukturdebatten, Expertenkommissionen und Reformempfehlungen zur Neugestaltung der Berliner Hochschulmedizin hielten die Charité über Jahre in Atem.[66] Fusion, Doppelangebot, Bettenreduzierung, Defizit, Investitionsstau – das waren und sind bis heute[67] die zentralen Stichworte dieser begleitenden Entwicklungen. Sie bilden eine zweite Ebene des Vorgangs »Die Charité auf dem Weg ins vereinte Berlin«. Hier wurden das Klinikum und die zugehörige Fakultät auch und vor allem Elemente einer ortsspezifischen Entwicklung. Nachdem beiden Teilen der Stadt die Subventionierung durch ihre jeweiligen gesamtstaatlichen Hauptsponsoren abhanden gekommen war, offenbarten sich in West wie Ost allerlei krisenhafte Zustände. Die Geschichte der Berliner Neuvereinigung ist insoweit eine Geschichte der erfolgreichen Zusammenführung zweier Stadtkrisen.

Unter solchen Rahmenbedingungen waren die Umbruchakteure in den zentralen Leitungspositionen der Charité wohl dazu verdammt, grundsätzlich nicht im eigentlichen Sinne »richtig« handeln zu können: Zu widersprüchlich war die Situation mit den konkurrierenden Interessen von Senat, Humboldt-Universität und Charité einerseits, zwischen den drei Hochschulklinika (sowie weiteren städtischen Hochleistungskrankenhäusern) andererseits, dies ergänzt um die zeitweise wenig freundliche medienöffentliche Begleitung, und zu widersprüchlich waren auch die Interessen in der Charité selbst.

Der Umbau im engeren Sinne – 1989 bis 1995 – war angesichts dessen durch ambivalente Kompromisse gekennzeichnet. Dies betraf insbesondere den zentralen Strang des Personalumbaus. Die Integritätsprüfungen etwa, von allen Teilprozessen am heftigsten diskutiert, stellten eine paradoxe Intervention dar. Mit der Begründung, Wissenschaft und Politik seien hinfort strikt zu trennen, wurden Wissenschaft und Politik noch einmal explizit zusammengeführt: Der Ehrenausschuss und die Anhörungskommission der HU, aber auch PSKs und SBKs unternahmen Bewertungen des früheren politischen Handelns der Wissenschaftler/innen. Der Vorgang vermittelte seiner Form nach nichtjustiziable

Strafansprüche mit dem Gebot legalen Handelns. In ihrem positivistischen Kern waren diese Überprüfungsverfahren Beurteilungen individualbiografischer Vergangenheit mit dem Ziel, eine Sozialprognose über die Eignung (respektive Nichteignung) für den Öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen. Funktional war dieses Anliegen in das Zumutbarkeitskriterium übersetzt worden.

Eine verwegen-originelle Deutung der Vorgänge hat Sven Vollrath formuliert: Das ursprüngliche HU-eigene Umgestaltungsmodell habe die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass das staatliche Umbaumodell »schneller und letztlich auch erfolgreicher zu Ergebnissen kam, als wenn es in einer Erneuerung ablehnenden Umwelt implementiert worden wäre«[68]. Das interne Reformmodell war also zwar in seinen eigenen Zielsetzungen im Wesentlichen gescheitert, habe aber immerhin dem konkurrierenden Konzept zu größerer Durchschlagskraft verholfen – und zwar gerade nicht durch sein Scheitern, sondern durch seine kleinportionierten Teilerfolge: Indem das interne Erneuerungsmodell in der HU eine Aufgeschlossenheit für den Erneuerungsgedanken überhaupt erzeugt habe, sei es gleichsam zu einem Katalysator des externen Reformmodells geworden. Kurz: Das Streben nach Selbstbestimmung habe seinen Erfolg darin gefunden, der Fremdbestimmung zur Geltung zu verhelfen.

Jedenfalls ergab sich der Kompromisscharakter des Umbaus wesentlich aus zwei Umständen, die aus politischen, nicht zuletzt ostdeutschen Wählerentscheidungen resultierten: Der politische Systemwechsel musste zwar in einer Geschwindigkeit durchgeführt werden, in der ein solcher üblicherweise nur durch gewalttätige Revolutionen gelingen kann. Zugleich aber konnte nicht auf das Arsenal gewalttätiger revolutionärer Instrumente zurückgegriffen werden. Mithin: In revolutionärer Geschwindigkeit war ein evolutionärer Wandel umzusetzen. Dies mündete in Kompromisse zwischen Unverträglichkeiten. Damit war auch die Ambivalenz des Wandels programmiert: Aus dem Charakter des Systemwechsels als eines grundstürzenden Vorgangs konnten einerseits revolutionäre Forderungen – etwa: radikaler Elitenwechsel – abgeleitet werden. Dem stand andererseits das Legalitätsgebot, also die Forderung nach Rechtsbindung jeglicher Prozesselemente, gegenüber. Beides war zu bedienen.

Anmerkungen

1 Dieter Simon: Wie im Westen so auf Erden. Die alte Wissenschaftsroutine lähmt die neuen Länder. In: F.A.Z., 19.3.1991, S. 33.

2 Vgl. Achim Schöbel: Studenten der Humboldt-Uni miteinander im Gespräch: Das »Schweigen« wurde schnell durchbrochen. In: Junge Welt, 13.10.1989, S. 15. Die fieberhaften Reaktionen auf die Ankündigung der Aktion und deren Durchführung sind dokumentiert in Malte Sieber, Ronald Freytag: Kinder des Systems. DDR-Studenten vor, im und nach dem Herbst '89, Berlin 1993, S. 229–235.

3 Sieber, Freytag 1993, a. a. O., S. 85.

4 Steffi Grünewald: Miteinander reden – darüber, wie es weitergeht. In: Humboldt Universität, Nr. 7/19.10.1989, S. 3.

5 Mit »Charité« sind im Folgenden immer das gleichnamige Universitätsklinikum und die Medizinische Fakultät der Humboldt-Universität gemeint.

6 Vgl. Peer Pasternack: Risiken und Nebenwirkungen. Die Erneuerung der ostdeutschen Hochschulmedizin nach 1989. In: hochschule ost, 2 (1997), S. 116–143, hier S. 123 ff.

7 Resümierend: Sven Vollrath: Zwischen Selbstbestimmung und Intervention. Der Umbau der Humboldt-Universität 1989–1996, Berlin 2009, S. 192–196.

8 Vgl. Bericht des Runden Tisches an das Konzil. In: »HUB«-Extra Runder Tisch, Beil. zu Humboldt Universität 29/30-1989/90, 26.4.1990, S. 1.

9 Mechthild Küpper: Die Humboldt-Universität. Einheitsschmerzen zwischen Abwicklung und Selbstreform, o. O. [Berlin] 1993, S. 145.

10 Zusammenfassend: Vollrath 2009, a. a. O., S. 186–199.

11 Richtlinien für die Arbeit der dezentralen Personalstrukturkommissionen (PSK) der Fachbereiche (FB), der zentralen Einrichtungen (ZE) sowie der Medizinischen Fakultät, Berlin, 26.02.1991, unveröff., S. 5.

12 Vgl. Vollrath 2009, a. a. O., S. 147–185, 268–322.

13 Vgl. Manfred Erhardt: Gemeinsame Strukturen finden. Der »Masterplan« zu Beginn der 90er Jahre. In: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.): 10 Jahre danach. Zur Entwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin, Essen 2002, S. 70–73, hier S. 70.

14 Vgl. Gerd Köhler, Matthias N. Winter (Hrsg.): Abwicklung und Überleitung der Hochschulen in den fünf neuen Bundesländern und Berlin/Ost, Teil 1: Beschlüsse der Landesregierungen zur Abwicklung und Überleitung der Hochschulen und ihrer Einrichtungen, Teil 2: Überführung und Abwicklung von Hochschuleinrichtungen (ohne Zentraleinrichtungen wie Sport, Sprachen usw.), Frankfurt am Main 1991.

15 § 9 Gesetz zur Ergänzung des Berliner Hochschulgesetzes (ErgGBerlHG) vom 18. Juli 1991. In: Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin, Nr. 33, 26.7.1991, S. 176 ff. Vgl. Vollrath 2007, a. a. O., S. 207–255, 323–342.

16 Vgl. Politische Kultur im vereinigten Deutschland. Der Streit um Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin. Dokumentation, Berlin 1992; Gisela Karau: Die »Affäre« Heinrich Fink, Berlin 1992; Die Entlassung des Rektors der Humboldt-Universität zu Berlin, Professor Heinrich Fink. Bericht über den Besuch der internationalen Delegation von Parlamentariern und Universitätsvertretern, Berlin 1992; Michael Daxner: Alma Mater Restituta oder Eine Universität für die Hauptstadt Berlin. Festrede 27.5.1993, Berlin 1994. Vgl. aus analytischer Distanz: Vollrath 2009, a. a. O., S. 114–124.

17 Erst 1993 sollten Berliner Politiker aufhören, HU-Gebäude als mögliche Bundesbehördensitze anzubieten. Vgl. Küpper 1993, a. a. O., S. 152.

18 Detaillierter: Peer Pasternack: Die demokratische Qualität der demokratischen Erneuerung. Humboldt-Universität zu Berlin und (Karl-Marx-)Universität Leipzig 1989–1995. In: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 2, Stuttgart 1999, S. 95–120.

19 Vgl. etwa die Beiträge des Titelthemas »Psychiatrie in der DDR« in: Dr. med. Mabuse Nr. 68/Okt.–Nov. 1990, S. 22–31.

20 Vgl. »Das ist russisches Roulett«. Schmutzige Geschäfte mit westlichen Pharmakonzernen brachten dem SED-Regime Millionen. In: Der Spiegel, 6 (1991), S. 80–90.

21 Vgl. Charité Berlin – Die Horror-Klinik. In: Bild Berlin, 29.8.1991, S. 1.

22 Vgl. Silvia Schattenfroh: Erst am Anfang der Debatte. In: F.A.Z., 29.2.1992, S. 10.

23 Vgl. Kommission zur Aufklärung von Mißbrauch in der Ost-Berliner Psychiatrie: Abschlußbericht, Berlin 1995.

24 Sonja Süß (Iv.): »Operative Psychologie« und das Interesse für die »medizinische Intelligenz«. In: Universitas, 5 (1995), S. 494–506, hier S. 500 f. Was es hingegen gegeben habe, so Süß, seien »der politischen Diktatur geschuldete Unregelmäßigkeiten« (Sonja Süß: Anmerkungen zur Psychiatrie in der DDR. In: hochschule ost, 2 (1997), S. 68–79). Vgl. auch Sonja Süß: Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1998.

25 Heike Zappe: »Die Rufmordkampagne treibt die Mitarbeiter aus der Charité!«. In: Humboldt-Universität 1-1991/92, S. 4.

26 Vgl. dazu die ausführliche journalistische Darstellung von Knut Holm unter dem Titel »Das Charité-Komplott«, Berlin 1991. Deren emotionalisiert-polemischer Stil gibt zwar keine Sicherheit in der Frage, ob man über den Gesamtkomplex korrekt informiert wird. Sie enthält aber zumindest eine verdienstvolle Aufbereitung der seinerzeitigen Tagespublizistik und referiert auch die einschlägigen Untersuchungsberichte. Vgl. auch Rosemarie Stein: Die Charité. Ein mühsamer Prozeß der Selbstreinigung. In: Dr. med. Mabuse 75 (Dez. 1991), S. 14–17.

27 Im Zusammenhang mit den Pressemitteilungen zur Organspende teilt das Universitätsklinikum Charité mit. In: Humboldt Universität, 19.9.1991, S. 4.

28 Solchen gab es gleichwohl, nämlich beim Doping im Leistungssport. Vgl. Brigitte Berendonk: Doping. Dokumente. Von der Forschung zum Betrug, Berlin 1991.

29 Vgl. Rosemarie Stein: Die Charité und die Stasi. Bericht über eine »heiße« Diskussion. In: Berliner Ärzte, 9 (1991), S. 26 ff.

30 Vgl. Peer Pasternack: Akademische Medizin in der SBZ, DDR und Ostdeutschland 1945–2000. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990–2000. In: Würzburger medizinhistorische Mitteilungen 2001, Würzburg, S. 381–398. Vgl. weiterführend die Beiträge von Sabine Schleiermacher sowie Rainer Herrn und Laura Hottentrott in diesem Band.

31 Rosemarie Stein: Die Charité 1945–1992. Ein Mythos von innen, Berlin 1992.

32 Ebd., S. 18f.

33 inoffizieller Mitarbeiter, Gesellschaftlicher bzw. Geheimer Mitarbeiter.

34 Stein 1992, a. a. O., S. 221–237.

35 Charité: Die »ordentlichen« Professoren: der Fortgang der Ereignisse. In: UnAufgefordert 12(23.5.1990), S. 11.

36 Zahlen nach Thomas Raiser: Schicksalsjahre einer Universität. Die strukturelle und personelle Neuordnung der Humboldt-Universität zu Berlin 1989–1994, Berlin, Baden-Baden 1998, S. 63 und 86.

37 Darunter waren allerdings auch altersbedingte Abgänge und solche Beschäftigten, die aufgrund befristeter Assistentenverträge planmäßig ausschieden (ebd., S. 62 f.).

38 Beschlußprotokoll der Sitzung des Akademischen Senats vom 17.1.1991, S. 2.

39 Raiser 1998, a. a. O., S. 53.

40 § 9 Gesetz zur Ergänzung des Berliner Hochschulgesetzes (ErgGBerlHG).

41 Rosemarie Stein: Die Berliner Klinik-Hochzeit. Charité und Virchow-Klinikum fusionieren. In: F.A.Z., 17.7.1996.

42 Vgl. Raiser 1998, a. a. O., S. 99.

43 Ebd., S. 55.

44 Der formalen Korrektheit halber: Der Vorwurf »mangelnder persönlicher Eignung« wurde seitens der kündigenden Senatsverwaltung in vielen nachfolgenden, auf dem Vergleichswege beendeten Verfahren nicht aufrechterhalten.

45 Sie waren 1990 direkt vom MfS zur Humboldt-Universität gekommen. Es handelte sich vor allem um Hofarbeiter und technische Hilfskräfte. Nach R. Eckert sei ihre MfS-Herkunft dadurch herausgekommen, dass einige von ihnen bei der Gehaltsberechnung Dienstjahre für ihre frühere (MfS-)Tätigkeit angerechnet bekommen wollten. Vgl. Rainer Eckert: Die Berliner Humboldt-Universität und das Ministerium für Staatssicherheit. In: Deutschland Archiv, 7 (1990), S. 770–785, hier S. 783. In anderen Quellen heißt es, dass in den Personalfragebögen »die Fragen nach früherer Stasi-Tätigkeit mit ›Ja‹ beantwortet worden« seien. Erhardt widerspricht Fink. In: F.A.Z., 15.5.1991, S. 4.

46 Eberhard Vogt: Krankenwache nach Stasi-Art In: Die Welt, 3.5.1991.

47 Vgl. S.Sch. [Silvia Schattenfroh]: Sieben Hochschullehrer entlassen. Die Charité zieht Konsequenzen aus der Gauck-Überprüfung. In: F.A.Z., 31.7.1991, S. 4.

48 Ebd.

49 Ebd.

50 Harald Mau: Der Stasi den Preis für den eigenen Traum bezahlt. In: F.A.Z., 6.8.1991.

51 Diese Sicherheit sollte sich im Laufe der Zeit als zunehmend problematisch herausstellen: Vgl. Peer Pasternack: Mehrdeutige Akten und eindeutige Beauskunftungen. Die Metamorphose des IM-Begriffs. In: Jochen Zimmer (Hrsg.): Das Gauck-Lesebuch. Eine Behörde abseits der Verfassung?, Frankfurt am Main 1998, S. 92–102.

52 Vgl. S. Sch. [Silvia Schattenfroh]: Gericht: Stasi-Mitarbeit ›Althaus‹ ist nicht erwiesen. In: F.A.Z., 22.1.1993, S. 4.

53 Harald Mau: Offener Brief an Frau Dr. med. Sabine G. In: Berliner Ärzte, 9 (1991), S. 33.

54 Peter Althaus (Iv.): Mir geht es wieder gut. In: Wochenpost, 28.1.1993, S. 39.

55 Stein 1991, a. a. O., S. 28.

56 Rosemarie Stein: Gaucks Mühlen mahlen langsam. Das Beispiel der Berliner Charité. In: F.A.Z., 10.10.1992, S. 12.

57 Stein 1992, a. a. O., S. 243.

58 Oliver Michalsky: »Da bleibt ein Unsicherheitsfaktor«. Eine hitzige Debatte über den Umgang mit den Stasi-Akten. In: Berliner Morgenpost, 25.2.1995, S. 3.

59 Vgl. Regina Mönch: Stasi-positiv: Willkür oder Abwägung. In: Der Tagesspiegel, 25.2.1995, S. 4.

60 Der Ehrenausschuß als Mittel der Vergangenheitsbewältigung?. In: UnAufgefordert 67 (6.6.1995), S. 15.

61 Wilfried Merten: Zu: Der Ehrenausschuß als Mittel der Vergangenheitsbewältigung?. In: UnAufgefordert 69 (16.10.1995), S. 45.

62 Vgl. Bert Flemming: Bericht über die Arbeit des Ehrenausschusses. In: Humboldt Universität 8-1994/95, S. 3.

63 Raiser 1998, a. a. O., S. 99.

64 Ausführlicher Peer Pasternack: »Demokratische Erneuerung«. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989–1995. Mit zwei Fallstudien: Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin, Weinheim 1999, S. 193–305.

65 Raiser 1998, a. a. O., S. 101. Vgl. kontrastierend auch die ausführliche Darstellung der Kritiker dieser Entwicklungen in: Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (Hg.): R-Auswurf. Die Einverleibung der Charité, Schkeuditz 2004. Die Darstellungen des Bandes umfassen den Zeitraum von 1990 bis 1997 und versuchen, Fehler und Ungerechtigkeiten bei der Eingliederung der Charité in die westdeutschen Strukturen zu dokumentieren. Die Publikation besteht aus einem umfangreichen, von Gerhard Gerber eingeleiteten Dokumententeil und einem Berichtsteil mit fünf Berichten persönlich Betroffener: »Entlassung statt ehrenhafter Emeritierung« (Gerhard Dybowski), »Kränkung macht krank« (Gisela Ehle), »Positiv bewertet und aufs Nebengleis geschoben« (Johann Gross), »Entstehung und Abwicklung des Instituts für Pathologische Physiologie der Medizinischen Fakultät (Charité) der Humboldt-Universität zu Berlin 1977–1995« (Karl Hecht), »Gekämpft und doch verloren« (Kate P. Leiterer).

66 Vgl. [Arbeitsbericht der] Expertenkommission zur Neustrukturierung der Hochschulmedizin in Berlin, o. O. (Berlin) 26.1.1993; Strukturreformen in der Berliner Hochschulmedizin. Empfehlungen der vom Berliner Senat eingesetzten Expertenkommission, 14. Oktober 2002 (nicht mehr online); zu Hintergründen der letzteren vgl. Peer Pasternack: Politik als Besuch. Ein wissenschaftspolitischer Feldreport aus Berlin, Bielefeld 2005, S. 60–65.

67 Vgl. Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung: Schlussbericht über die Strukturreformen in der Berliner Hochschulmedizin, Berlin 2007.

68 Vollrath 2009, a. a. O., S. 370.

Rainer Herrn · Laura Hottenrott (Hrsg.)

Die Charité
zwischen Ost und West (1945–1992)

Zeitzeugen erinnern sich

be.bra
wissenschaft verlag

Mit freundlicher Unterstützung von

CHARITÉ 300

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.
Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos, in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

© be.bra wissenschaft verlag GmbH
Berlin-Brandenburg, 2010
KulturBrauerei Haus 2
Schönhauser Allee 37, 10435 Berlin
post@bebra-wissenschaft.de
Lektorat: Matthias Zimmermann, Berlin
Bearbeitung der Interviews: Laura Hottenrott
Verschriftlichung der Interviews: Henriette Harding und Urs Taeger
Umschlag: typegerecht berlin, Berlin
Satz: typegerecht berlin, Berlin
Schrift: Frutiger 9/12,5 pt
Druck und Bindung: Bosch-Druck, Ergolding
ISBN 978-3-937233-70-3

www.bebra-wissenschaft.de

Inhaltsverzeichnis

Grußwort
Walter Momper 9

Vorwort
Karl Max Einhäupl 11

»Ich muss doch in einer ganz anderen DDR gelebt haben …«
Reiner Felsberg 13

Historische Annäherungen

Oral History
Alexander von Plato 19

Wie alles begann. Die Karriere eines Projektseminars
Volker Hess 24

Das Ausstellungskonzept: Die Charité zwischen Ost und West (1945–1992). Zeitzeugen erinnern sich
Rainer Herrn und Laura Hottenrott 28

Vom Subjekt zum Objekt. Einige Überlegungen zu medizinhistorischen Ausstellungen mit Zeitzeugen
Thomas Schnalke 37

Oral History als Ausstellungsobjekt
Ulrich Schwarz 40

Die Charité nach 1945: Ein Literaturbericht
Sabine Schleiermacher 46

Maximalinvasiv. Die Charité nach 1989
Peer Pasternack 61

Kommentierte Quellen der Erinnerung

SPANNUNGSBÖGEN

Die Charité als Sozialobjekt
Rainer Herrn 77

Die Charité als Versorgungsobjekt
Rainer Herrn 90

Die Charité als Politobjekt: Politisches Handeln
Rainer Herrn 109

Die Charité als Politobjekt: Die medizinische Forschung
Rainer Herrn 139

Die Charité als Politobjekt: Lehre an der Charité
Rainer Herrn 150

Die Charité als Grenzobjekt
Rainer Herrn 171

Die Charité als Observationsobjekt des MfS
Laura Hottenrott 189

Die Charité als Prestigeobjekt
Rainer Herrn 203

Die Charité als Medienobjekt
Rainer Herrn 216

ZEITZEUGENINTERVIEWS

Irene Hofer 229

Moritz Mebel 240

Christa Eckerle 254

Regine Witkowski 264

Johannes Hellinger 273

Edith Gerike 289

Wolfgang Kaufhold 298

Harald Mau 312

Manfred Pohl 321

Geerd Dellas 330

Ingrid Görze 343

Bert Flemming 347

Karla Wintrich 362

Heidrun Kubisz 374

Gudrun Lewin 378

Dirk Stoltenfeldt 387

Martin K. 399

Anhang

Auswahlbibliografie 414

Abkürzungsverzeichnis 424

Abbildungsverzeichnis 425

Personenregister 426

Danksagung der Herausgeberin 429

Die Autoren 431